



Handlungsleitende Aspekte für Kommunen

11. Januar 2012

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

zum Thema: **Telekommunikation: Breitbandversorgung sicherstellen
- Hochgeschwindigkeitsnetze als Standortfaktor -**

Eine Breitband-Grundversorgung ist in Deutschland – spätestens mit dem flächendeckenden LTE-Ausbau – weitgehend realisiert. Doch auch hier wird es weiterhin z. B. topografisch bedingte Lücken geben. Im Fokus der Diskussion steht nun die möglichst flächendeckende Abdeckung des Landes mit Hochgeschwindigkeitsnetzen. Darunter sind Netze zu verstehen, die unabhängig von der Nutzerzahl stabile Breitbanddienste mit symmetrischen Up- und Downloadraten (mind. 50 Mbps im Download und mind. 20 Mbps im Upload) bieten und weiteren unternehmensrelevanten Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit genügen.

I. Breitband = Voraussetzung für unternehmerisches Handeln

Im Rahmen ihrer infrastruktur- und regionalpolitischen Aufgaben befragen die IHKs die Unternehmen regelmäßig nach der Standortqualität. Leistungsfähige Breitbandanschlüsse haben sich zu einem zentralen Standortfaktor entwickelt. Doch viele Unternehmen – vor allem im ländlichen Raum, außerhalb von Ballungsgebieten oder in Gewerbegebieten – vermissen eine ausreichende Breitbandanbindung.

Dabei nimmt der Bedarf an Übertragungsgeschwindigkeit beständig zu. Denn in den Unternehmen kommen immer mehr netzbasierte IT-Anwendungen – auch mobil – zum Einsatz, die ein leistungsfähiges, dynamisch skalierbares Netz voraussetzen. Produktivität und Effizienz lassen sich über den automatisierten Datenaustausch zwischen Maschinen, Automaten, Fahrzeugen oder Computern (sog. Machine-to-machine-Kommunikation) steigern. Fachhändler können über Webshops und den Einsatz von Social Media-Technologien ihren Einzugsradius erweitern. Durch den vermehrten Einsatz von Videos, etwa zur Handhabung von Werkzeugen und Maschinen, die über das Internet verkauft werden, wird zusätzliche Bandbreite benötigt. Dabei sind viele Anwendungen z. B. im Bereich Cloud-Dienste, Online-Storage, 3D-Videos oder 3D-Automation auf eine Performance angewiesen, die nur leitungsgebundene Technologien bieten.

Doch die vielerorts unzureichenden Breitbandangebote erschweren eine Teilhabe der Unternehmen an produktivitätsrelevanten Trends bzw. machen diese ganz unmöglich. Sie führen damit nicht nur zu einer erschwerten Kundenakquise, sondern haben auch Umsatz-, Auftrags- und Kundenverluste zur Folge. Am Ende sind solche Wettbewerbsnachteile existenz-

Handlungsleitende Aspekte für Kommunen

11. Januar 2012

gefährdend. Unternehmen sind deshalb gezwungen, Standorte aufzugeben oder zu meiden, wenn leistungsfähige Breitbandanbindungen fehlen.

II. Ohne Breitband werden die Bürger von der Informationsgesellschaft abgehängt

Breitband ist nicht nur ein kritischer Inputfaktor für betriebliche Prozesse, sondern auch Voraussetzung für die Teilhabe der Bevölkerung an Wissen und Bildung sowie für die Präsenz des Staates mit seinen digital angebotenen Dienstleistungen (E-Government). Schnelle Internetanschlüsse sind damit Grundbedingung für die Entwicklung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Internet unterstützt Online-Unterricht, die Erledigung von Schularbeiten oder die Arbeit in virtuellen Lerngruppen. Doch in den Schulen ist der Einsatz von Computern immer noch eher die Ausnahme, viele verfügen nur über einen schmalbandigen Anschluss. Unabhängig davon erwarten die Schulen ihrerseits aber heute einen funktionierenden Onlinezugang zu Hause. Wenn Schüler und Auszubildende ohne schnelle Internetverbindungen nicht an der Wissens- und Informationsgesellschaft teilhaben können, werden sie aus ländlichen Regionen abwandern, so dass den Unternehmen dort der qualifizierte Nachwuchs fehlt.

Viele Menschen nutzen auch in ihrer Freizeit das Internet und benötigen hierfür eine leistungsfähige Breitbandverbindung an ihrem Wohnort. Somit ist die Breitbandversorgung auch ein Kriterium für die Attraktivität von Regionen und damit den Zuzug von Fachkräften. Unternehmen in unterversorgten Regionen haben es schwerer, offene Stellen zu besetzen. Zudem bieten viele Unternehmen ihren Mitarbeitern die Möglichkeit, ganz oder teilweise von zu Hause zu arbeiten. Hierfür ist ein leistungsfähiger Breitbandanschluss am Wohnort des Mitarbeiters erforderlich.

Gleiches gilt für Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer: Ein immer größerer Anteil der Weiterbildungskonzepte bezieht Ansätze des Blended Learning und des sog. Serious Gaming mit ein. Doch Realsimulationen und Planspiele, mit denen das theoretisch erworbene Wissen in der virtuellen Praxis getestet werden kann, funktionieren nur mit einer schnellen Internetanbindung.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung gilt es, Bürgernähe auch in der Fläche zu erhalten. Alle E-Government-Angebote für Bürger und Unternehmen müssen überall funktionieren. Voraussetzung dafür ist ein schneller Internetzugang. Dieser ist gleichzeitig Basis, um neue Verhaltensweisen der Anwender, etwa durch die zunehmende Nutzung von Social Media, zu unterstützen, um elektronische Gesundheitsdienste (IT-gestützte Expertenkonsultation, Telemonitoring von Patienten etc.) oder neue internetgestützte Partizipationsverfahren bei öffentlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

III. Zentrale Rolle der Kommunen

Die Industrie- und Handelskammern gehen davon aus, dass ca. zwei Drittel des Landes wirtschaftlich mit Hochleistungsnetzen ausgebaut werden können, während ein Drittel auch in absehbarer Zukunft nicht rein privatwirtschaftlich zu realisieren sein wird. Dabei sehen wir

Handlungsleitende Aspekte für Kommunen

11. Januar 2012

vor allem ein starkes Engagement der kommunalen Gebietskörperschaften. Sie haben für ihre Region einen Infrastrukturauftrag zu erfüllen. Aber auch Bund und Länder sind gefordert, und unterstützen sie dabei mit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen. Sinnvolle Beiträge sind etwa die finanzielle Förderung der Verlegung von Leerrohren oder die regulatorische Unterstützung des Glasfaserausbaus näher an die Kunden heran (bis an die Schaltverteiler bzw. die Kabelverzweiger).

Im Folgenden werden aus Sicht der IHK-Organisation wesentliche Voraussetzungen für den Breitbandausbau in schwer zu versorgenden Regionen dargestellt.

Was können Kommunen gemeinsam tun?

- Regionale Breitbandstrategien aufsetzen

Keine Lösung für die Kommunen ist, auf den flächendeckenden Glasfaserausbau zu warten und deshalb vorerst jede Initiative zu unterlassen. In den Regionen und Ländern sind kommunal übergreifende Konzepte und Strategien für den stufenweisen – kurz-, mittel- und langfristigen – Ausbau der Breitbandnetze erforderlich.

Neue Gewerbegebiete müssen in jedem Fall an das Hochgeschwindigkeitsnetz angebunden sein. Dies gilt auch für bestehende Gewerbegebiete und gewerbliche Agglomerationen abseits von Ballungsgebieten.

- Überkommunal planen und kooperieren

Um für Netzanbieter günstige Investitionsbedingungen zu schaffen, sollten sich kleinere Kommunen bei Bedarfserhebungen und Planungen überregional abstimmen.

Wie kann die einzelne Kommune unterstützen?

- Professionelle Beratung erforderlich

Am Beginn jeglicher kommunaler Aktivität ist eine genaue Analyse der Rahmenbedingungen vor Ort notwendig (bestehende Infrastruktur, Nachfragesituation, potenzielle Anbieter etc.). Dies sollte mit professioneller Unterstützung (z. B. durch qualifizierte Berater) erfolgen.

- Unterstützung bei Informationsarbeit

Für die Anbieter muss der Netzauf- und -ausbau wirtschaftlich sein. Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit solcher Infrastrukturprojekte sind ausreichende Nutzerzahlen. Kommunen können dazu beitragen, den break-even-point zu erreichen, indem sie die Unternehmen bei der Bedarfserhebung unterstützen und kontinuierliche Kommunikationsarbeit leisten, die auch die betroffenen Bürger und Unternehmen einbezieht.

- Synergien bei örtlichen Tiefbauarbeiten nutzen

Mehr als zwei Drittel der Ausbaukosten für die Glasfaserverlegung entfallen auf Tiefbauarbeiten. Folglich ist es sinnvoll, bei der Planung aller diesbezüglichen Bauvorhaben die Verlegung von Leerrohren (Kabelschutzrohre mit oder ohne Glasfaser) vorzusehen, und dafür regionale Baustellendatenbanken anzulegen, um Baukosten nicht mehrfach ent-

Handlungsleitende Aspekte für Kommunen

11. Januar 2012

stehen zu lassen. Um das Instrument sinnvoll zu nutzen, ist eine begleitende Informationskampagne notwendig.

- **Mitnutzungsmöglichkeiten erschließen**

Die Kosten für den Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen lassen sich auch reduzieren, indem bereits aus anderen Gründen verlegte Glasfasernetze oder Leerrohre mit genutzt werden (z. B. Energie- und Wasserleitungen, Leitungen entlang von Straßen, Kanälen etc.).

- **Datenbasis über relevante Breitbandinformationen verbessern**

Die Kommunen sind aufgefordert, die vorhandenen Infrastrukturen datenschutzkonform, standardisiert und georeferenziert elektronisch vorzuhalten und so für den Breitbandausbau mitnutzbar zu machen – sei es direkt vor Ort oder über die Infrastrukturatlanten der Länder. Alle vorhandenen Informationen können über standardisierte Schnittstellen für den übergreifenden Infrastrukturatlas bei der Bundesnetzagentur zusammenfließen.

Für die Investitionsentscheidung der Anbieter beim Breitbandausbau sind Informationen über bestehende bzw. geplante Gewerbegebiete zum Teil entscheidend. Deshalb müssen die Infrastrukturatlanten unbedingt auch Informationen über Gewerbegebiete enthalten.

- **Strukturelle und organisatorische Voraussetzungen schaffen**

Der Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen stellt für alle Beteiligten eine neue Infrastrukturaufgabe dar. Dafür sind organisatorische und strukturelle Voraussetzungen zu schaffen. Die Kommunen sind aufgefordert, Sachverstand vor Ort (z. B. fachlich kompetente Breitbandverantwortliche) aufzubauen und die Aufgabe aktiv zu managen.

- **Offenheit gegenüber allen technologischen Alternativen**

Individuelle Lösungen vor Ort erfordern auch eine Bereitschaft der kommunalen Verantwortungsträger und der Nachfrager für kurzfristig machbare alternative Lösungen (z. B. Funk, Satellit) und eine genaue Prüfung, welche Lösungen der Markt hergibt.

- **Markt und Wettbewerb haben Vorrang**

Grundsätzlich gilt es, Investitionen der privaten Unternehmen zu fördern bzw. Investitionsanreize zu schaffen. Sollte sich kein Anbieter bereit erklären, den Breitbandausbau zu übernehmen, können Kommunen Kooperationen zwischen Unternehmen unterstützen, befördern und ggf. moderieren. Vor einem rein kommunalen Engagement sollten stärker als bislang die Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften diskutiert und ausgeschöpft werden.

Finanzielle Fördermaßnahmen können in Einzelfällen angebracht sein. Doch ein alleiniges Ausrichten der kommunalen Planungen an den Fördertöpfen der EU, des Bundes und der Länder ist häufig nicht der Königsweg. Hier ist Augenmaß gefragt: Weder dürfen sie dazu führen, dass wettbewerbliche Lösungen vom Markt verdrängt werden, noch dürfen lokale Initiativen vereitelt werden.

Handlungsleitende Aspekte für Kommunen

11. Januar 2012

- **Nur Ultima ratio: Kommunal betriebene Hochgeschwindigkeitsnetze**
Über die Übernahme von Erdarbeiten, die Bereitstellung von Leerrohren bzw. von Leerrohren mit einem oder mehreren unbeschalteten Glasfaserkabeln sollte das direkte kommunale Engagement nicht hinaus gehen. Bei einer entsprechenden wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen sind die geltenden beihilfe-, vergabe- und kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Rein kommunal betriebene Netze müssen die absolute Ausnahme bleiben und auf Regionen beschränkt werden, in denen die Telekommunikationsunternehmen selbst oder Kooperationen zwischen Unternehmen und Kommunen, Stadtwerken etc. auf absehbare Zeit nicht zu einem Infrastrukturausbau führen werden.
- **Transparenz erhöhen, Nachhaltigkeit sichern**
Zum sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel zählt auch, dass das Vorgehen in den einzelnen Breitbandprojekten dokumentiert und anderen Akteuren als best practice oder beispielsweise komprimiert als Leitfaden für regionale Breitbandprojekte verfügbar gemacht wird.

IV. IHKs unterstützen die Kommunen bei der Erfüllung des Infrastrukturauftrags

Der Anschluss an das globale Netz ist Mindestvoraussetzung zur Bewahrung bzw. zur Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. IHKs sensibilisieren Unternehmen im Rahmen von Standortberatungen, geben Unterstützung bei der Bedarfsermittlung und kommunizieren Bedarfe der Unternehmen an die Anbieter, die Politik, die Landesregierungen und die kommunalen Entscheidungsträger. Sie machen so regionale Politik und Verwaltungen auf die standortpolitische Bedeutung des Themas aufmerksam. Im Rahmen ihrer Stellungnahmen zur Bauleitplanung wirken sie darauf hin, dass gerade bei der Erschließung neuer Gewerbegebiete zumindest Leerrohre immer mitverlegt werden.

Zahlreiche Messen, Leitfäden für Bürgermeister, Online-Plattformen, Einstiegsberatung sowie ihre Funktion als Anlaufstelle und Informationsdrehscheibe für Unternehmen, Kommunen und weitere Beteiligte (Stadtwerke etc.) und die Kontaktvermittlung stellen einen weiteren Ausschnitt der Aktivitäten der IHKs dar. Sie organisieren außerdem zahlreiche Veranstaltungen. Beispielsweise finden in Gewerbegebieten, die keinen oder einen unzureichenden Breitbandanschluss haben, Runde Tische mit Anbietern und Nachfragern statt. Viele Gewerbegebiete und Unternehmen haben dadurch bereits Breitbandanschlüsse oder wesentlich verbesserte Internetverbindungen erhalten.